

**Antrag 96/I/2022****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sichere Perspektiven schaffen! – Studierende auf der Flucht**

1 Der Angriffskrieg der Russischen Föderation zwingt un-  
2 zählige Menschen in der Ukraine zur Flucht in europäische  
3 Nachbarstaaten und zur Aufgabe ihres bisher gekannten  
4 Alltags. Nach einer Schätzung des DAAD (Deutscher Aka-  
5 demischer Austauschdienst) werden etwa 100.000 ukrai-  
6 nische Hochschulangehörige in Deutschland ankommen.  
7 Dies ist Ausdruck der hohen Studierendenquote von 82,67  
8 % und Beliebtheit einer akademischen Laufbahn in der  
9 Ukraine. Mit der hohen Anzahl an geflüchteten Hoch-  
10 schulangehörigen geht eine besondere Verantwortung  
11 der hiesigen Hochschulen einher. Im Folgenden soll dar-  
12 gestellt werden, welche Maßnahmen jetzt vom Bund, den  
13 Ländern und den Studierendenwerken sowie den Hoch-  
14 schulen notwendig sind, um sichere Perspektiven für die  
15 ankommenden Studierenden zu schaffen.

16

17 Aus der Ukraine fliehen derzeit sowohl internationale Stu-  
18 dierende aus Drittstaaten sowie ukrainische Studierende.  
19 Die Herausforderungen für die Hochschulen und die Po-  
20 litik ähneln sich für beide Gruppen in einigen Aspekten  
21 wie bspw. bei der Organisation von Wohnraum. Gerade  
22 in Finanzierungs- oder Aufenthaltsrechtlichen Problema-  
23 tiken bedarf es jedoch differenzierter Lösungen.

24

**25 Ukrainische Studierende langfristig absichern!**

26 Ankommende Geflüchtete sind neben der Organisation  
27 ihrer Erstversorgung insbesondere mit finanziellen Her-  
28 ausforderungen konfrontiert. Für uns ist klar und selbst-  
29 verständlich: Fehlendes Geld darf einer Ausbildung an ei-  
30 ner Hochschule niemals entgegenstehen! Daher müssen  
31 langfristige Konzepte entwickelt werden, um eine der Le-  
32 benswirklichkeit angepasste Studienfinanzierung für ge-  
33 flüchtete Studierende zu ermöglichen.

34 Wir fordern ein Unterstützungsprogramm des Bundes  
35 und der Länder mit mind. 80 Millionen Euro, anknüp-  
36 fend an den schon bestehenden Vorschlag des DAAD, um  
37 den ankommenden ukrainischen Geflüchteten eine siche-  
38 re Studienfinanzierung zu ermöglichen. Dabei darf es sich  
39 nicht nur um einmalige Soforthilfe handeln, sondern es  
40 müssen langfristige Stipendien vergeben werden, die den  
41 Studierenden das Erreichen eines Studienabschlusses in  
42 Deutschland und den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermög-  
43 lichen.

44 Die Vergabe von Stipendien wird vor dem Hintergrund der  
45 zu erwartenden Anzahl an ankommenden Studierenden  
46 jedoch nicht ausreichen, um eine flächendeckende Studi-  
47 enfinanzierung anzubieten. Daher fordern wir, das BAföG  
48 für ukrainische Studierende zu öffnen! Die unklare juris-

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)**

49 tische Lage um die Anerkennung eines vorübergehenden  
50 Aufenthaltstitels gemäß § 24 AufenthG, den geflüchtete  
51 Ukrainer\*innen momentan zum Aufenthalt in Deutsch-  
52 land bekommen, zur BAföG-Berechtigung gemäß § 8 BA-  
53 föG, welcher den Kreis der Berechtigten und die Voraus-  
54 setzungen definiert, muss zugunsten einer echten BAföG-  
55 Öffnung aufgelöst werden.

56

57 **Konkret fordern wir vom Bund und den Ländern für ge-  
58 flüchtete ukrainische Studierende:**

- 59 • Umfassendes gemeinsames Unterstützungspro-  
60 gramm mit mind. 80 Millionen Euro, insb. für  
61 Vergabe langfristiger Stipendien
- 62 • Öffnung des BAföG für Studierende aus der Ukraine
- 63 • Langfristige Hilfen, welche auch den Erwerb eines  
64 akademischen Titels, die Anerkennung von bereits  
65 bestehenden Abschlüssen und den Einstieg in den  
66 Arbeitsmarkt ermöglichen

67

68 **Echte Bleibeperspektive für Studierende aus Drittstaaten!**

69 In der Ukraine waren bis zum Zeitpunkt der Invasion nach  
70 Schätzungen der UNESCO knapp 60000 Studierende aus  
71 Drittstaaten eingeschrieben. Der DAAD erwartet, dass bis  
72 zu 3000 von ihnen nach Deutschland kommen könnten.  
73 Für uns ist klar: Internationale Studierende müssen ihr be-  
74 gonnenes Studium an europäischen Hochschulen been-  
75 den können, denn in der Ukraine bzw. auch in ihren Hei-  
76 matländern ist dies für sie nicht möglich. Auch nach ih-  
77 rem Studium ist ihnen, genau wie allen anderen Geflüch-  
78 teten, ein Bleiberecht zu ermöglichen. Da die Ukraine Teil  
79 der EHEA (European Higher Education Area) ist, sind bisher  
80 erbrachte Studienleistungen auch in Deutschland anzu-  
81 rechnen. Entscheidend ist für einen Verbleib an europäi-  
82 schen Hochschulen die aufenthaltsrechtliche Perspektive:  
83

84 Nach der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung  
85 vom 9. März 2022 ist es ukrainischen Staatsangehörigen  
86 sowie ausländischen Staatsangehörigen, die sich zum  
87 Zeitpunkt des Kriegsbeginns in der Ukraine aufhielten,  
88 möglich ohne Visum nach Deutschland einzureisen.  
89 Während für ukrainische Studierende in der Folge die  
90 Möglichkeit besteht, einen Aufenthaltstitel nach § 24  
91 Aufenthaltsgesetz zu erwerben, stehen internationale  
92 Studierende vor der Problematik, dass sie häufig keinen  
93 Anspruch auf Schutz nach Asyl- oder Aufenthaltsgesetz  
94 haben. Da die vorübergehende Aufenthaltsberechtigung  
95 nach der Verordnung nur bis zum 23. Mai 2022 gilt, stehen  
96 internationale Studierende unter besonderem Druck, sich  
97 bis zur Ausreiseverpflichtung um ein Anschlussstudium  
98 zu kümmern und unter den Schutz des § 16b AufenthG,  
99 welcher Aufenthaltstitel für immatrikulierte Studierende  
100 in Deutschland ermöglicht, zu fallen. Dies darf nicht  
101 hingenommen werden! Wir schließen uns der Forderung

102 des World University Service an, dass Studierende aus  
103 Drittstaaten, die nicht politisch verfolgt sind, eine Ver-  
104 längerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer  
105 Fortführung ihres Studiums in der EHEA erhalten sollen.

106

107 Insbesondere BiPoC, die in der Ukraine leben und/oder  
108 studieren berichten von Gewalt- und Diskriminierungser-  
109 fahrungen während ihrer Flucht. So wurde Ausländer\*in-  
110 nen innerhalb der Ukraine der Zugang zu Zügen und Bus-  
111 sen verwehrt, um Platz für ukrainische Bürger\*innen zu  
112 machen. Auch an Grenzübergängen und in den Nachbar-  
113 ländern erfahren ausländische Studierende nicht die glei-  
114 che Solidarität wie ukrainische Bürger\*innen. Und auch  
115 in Deutschland gibt es Berichte und Videos von rassisti-  
116 schem Vorgehen der Bundes- und Grenzpolizei. Wir verur-  
117 teilen diese rassistische Praxis sehr entschieden. Für uns  
118 ist klar: Solidarität mit der Ukraine und Geflüchteten be-  
119 deutet Solidarität mit allen Geflüchteten – unabhängig  
120 von Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientie-  
121 rung und Staatsangehörigkeit. Diese rassistischen Prakti-  
122 ken dürfen durch die Hochschulen, bspw. bei der Verga-  
123 be von Geldern oder Wohnheimplätzen, nicht fortgeführt  
124 werden!

125

126 **Konkret fordern wir vom Bund und Land für geflüchtete**  
127 **Studierende aus Drittstaaten:**

- 128 • Aufarbeitung aller rassistischen Vorfälle während  
129 der Flucht sowie kostenfreie psychologische Betreu-  
130 ungsangebote und rechtliche Beratungsangebote  
131 für Betroffene
- 132 • Aufnahme in Unterstützungsprogramme der Hoch-  
133 schulen für ukrainische Studierende
- 134 • Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis bis zum  
135 Beginn des Wintersemesters 2024/25

136

137 **Folgen für bereits hier lebende ukrainische Studierende**  
138 **abfedern!**

139 Bereits vor Beginn der russischen Invasion waren etwa  
140 6200 ukrainische Studierende an deutschen Hochschulen  
141 immatrikuliert (eingeschrieben). Ihre Lage ist durch den  
142 Angriffskrieg Russlands gegen ihr Heimatland insbeson-  
143 dere psychisch herausfordernd.

144 So müssen die Studierenden nicht nur um Ihre Verwand-  
145 ten und Freund\*innen im Kriegsgebiet bangen, sondern  
146 sich auch um ihre finanzielle Lebensgrundlage sorgen.  
147 Denn häufig sind ihre Aufenthalte in Deutschland durch  
148 ihre Eltern in der Ukraine finanziert, welche momentan  
149 selbst durch den Wegfall ihrer Erwerbstätigkeit o.ä. mit fi-  
150 nanziellen Hindernissen konfrontiert sind. Im Rahmen des  
151 Unterstützungsprogramms von Bund und Ländern müs-  
152 sen daher die bestehenden STIBET-Stipendien (Ein Pro-  
153 gramm, das der verbesserten Betreuung internationaler  
154 Studierender gilt und gleichzeitig Stipendien für inter-

155 nationale Studierende stellt) des DAAD verlängert und  
156 aufgestockt werden. Durch die STIBET-Stipendien, welche  
157 von den Hochschulen vergeben werden, können Notlagen  
158 schnell und auf kurzem Wege für Studierende vor Ort auf-  
159 gefangen werden.

160 Die Studierendenwerke spielen eine elementare Rolle in  
161 der Unterstützung von Geflüchteten vor Ort. Jedes Bun-  
162 desland verfügt über ein eigenes Studierendenwerk, wel-  
163 che sich beispielsweise dem studentischen Wohnungs-  
164 bau, Sprachkursen, Sozialberatungen, aber auch psycho-  
165 sozialen Hilfen für Studierende widmen. Seit Jahren sind  
166 die Studierendenwerke unterfinanziert. Dieser Mangel  
167 muss dringend ausgebessert werden! Denn momentan  
168 erscheinen die Studierendenwerke vor dem Hintergrund  
169 100.000 ankommender Hochschulangehöriger nicht auf  
170 die Herausforderungen, bspw. durch ausreichend Plätze in  
171 den Studierenden-Wohnheimen, vorbereitet. Für hier le-  
172 bende Studierende müssen die Studierendenwerke finan-  
173 zielle Belastungen reduzieren: Dafür können die Mieten in  
174 den Wohnheimen gestundet, Mahlzeiten in den Mensen  
175 kostenfrei angeboten oder bestehende Mietverträge un-  
176 bürokratisch verlängert werden.

177

178 **Konkret fordern wir für bereits hier lebende ukrainische**  
179 **Studierende:**

- 180 • Schnelle Hilfen durch die Hochschulen durch die  
181 eingerichteten Nothilfefonds bei akuten finanziel-  
182 len Notlagen
- 183 • Unbürokratische Verlängerung der bisherigen  
184 STIBET-Stipendien
- 185 • Aufstocken der STIBET-Stipendien durch den DAAD
- 186 • Keine Semestergebühren solange der Krieg in der  
187 Ukraine anhält. Dabei soll jedoch auch nach dem  
188 Krieg ein Recht auf Beendigung des Studiums fort-  
189 bestehen und aufrechterhalten bleiben
- 190 • Ausbau von Wohnheimplätzen
- 191 • Eine Stundung der Mieten in den öffentlichen  
192 Wohnheimen sowie eine Verlängerung der Mietver-  
193 träge
- 194 • Kostenloses Semesterticket für den ÖPNV
- 195 • Kostenlose Mahlzeiten in den Mensen des Deut-  
196 schen Studierendenwerks

197

198 Diese Forderungen sind selbstverständlich, soweit an-  
199 wendbar, auf nach Kriegsbeginn aus der Ukraine geflüch-  
200 tete Studierende zu übertragen. Dabei sollen keine Unter-  
201 schiede zwischen Studierenden aus der Ukraine und aus  
202 den Drittstaaten gemacht werden.

203

204 **Berliner Hochschulen als aktive Integrationshilfe!**

205 Seit Kriegsbeginn versuchen die Hochschulen bei der Erst-  
206 versorgung von ankommenden Studierenden zu helfen.  
207 Gerade bei der Vermittlung von Wohnraum oder Sprach-

208 kenntnissen müssen die Hochschulen ihre Verantwortung  
209 wahrnehmen, um Geflüchtete schnell zu integrieren und  
210 abzusichern. Dabei spielt insbesondere der Sozialraum  
211 Hochschule eine besondere Rolle: Durch die Einbindung in  
212 die Studierendenschaft können Geflüchtete schnell neue  
213 Freund\*innen finden oder schnelle Hilfe untereinander or-  
214 ganisieren.

215

216 Dafür müssen die Hochschulen Mentoring-Programme  
217 schaffen, Austauschportale einrichten (wie bspw. an der  
218 Technischen Universität Berlin bereits für Wohnraum ge-  
219 schehen) und ihre psychosozialen Beratungsangebote  
220 stärken.

221

222 Der Anspruch der hiesigen Hochschulen muss es sein, al-  
223 len Studieninteressierten eine Fortführung ihres Studi-  
224 ums zu ermöglichen. Die Berliner Hochschulen lassen in  
225 ihrer bisherigen Praxis nur in Einzelfallentscheidungen ei-  
226 ne Immatrikulation (Einschreibung) zum Sommersemes-  
227 ter 2022 als Regelstudierende zu. Geflüchtete Studierende  
228 sollen zunächst als Gasthörer\*innen bzw. Nebenhörer\*in-  
229 nen an den Hochschulen eingeschrieben werden. Dadurch  
230 besteht bspw. bereits die Möglichkeit, Sprachkurse an den  
231 Sprachzentren der Hochschulen zu besuchen. Diese sind  
232 elementar, um möglichst zügig das notwendige Sprach-  
233 niveau für ein reguläres Studium zu vermitteln. Fehlende  
234 Sprachkenntnisse oder fluchtbedingt unvollständige Un-  
235 terlagen dürfen aber nicht als Alibi von den Hochschu-  
236 len verwendet werden, um Studieninteressierten die Im-  
237 matrikulation zu verwehren, da insgesamt nicht genü-  
238 gend Studienplätze zur Verfügung stehen. Für uns bedeu-  
239 tet dies: Mehr Studienplätze schaffen und alle Geflüchte-  
240 ten immatrikulieren!

241

242 **Konkret fordern wir von den Hochschulen:**

- 243 • Schnelle und unbürokratische Immatrikulation und  
244 Modulanrechnung geflüchteter Studierender auch  
245 bei unvollständigen Bewerbungsunterlagen
- 246 • Die Fortführung der eingerichteten Nothilfefonds  
247 für ukrainische Studierende und Forschende
- 248 • Die Einrichtung und langfristige Ausfinanzierung  
249 von Mentoring-Programmen und Austauschporta-  
250 len zur Vermittlung von Wohnraum
- 251 • Ein umfassendes Angebot zur Vermittlung von  
252 Sprachkenntnissen auf allen Sprachniveaus (bis C1)
- 253 • Den Ausbau von psychosozialen Beratungsangebo-  
254 ten an den Hochschulen
- 255 • Den Ausbau von Studienplätzen, damit alle studien-  
256 interessierten Geflüchteten immatrikuliert werden  
257 können

258

259 **Deutsch-Ukrainische Forschungskoperationen stärken!**

260 Die Ukraine ist ein enger Forschungspartner Deutsch-

261 lands. In der Vergangenheit gab es verschiedene Pro-  
262 gramme und Initiativen, um strukturschwächere Hoch-  
263 schulen in der Ukraine zu unterstützen. Diese Bestre-  
264 bungen müssen jetzt massiv intensiviert werden! Gera-  
265 de in der jüngsten Vergangenheit haben sich die ukrai-  
266 nischen Hochschulen an europäische Standards angenä-  
267 hert, bspw. durch verpflichtende Fremdsprachenkenntnis-  
268 se für Dozierende. Unterstützung für Hochschulen vor  
269 Ort kann in der jetzigen Situation insbesondere durch die  
270 Organisation von gemeinsamen Lernmodulen oder den  
271 Transfer von Know-How an ukrainische Hochschulange-  
272 hörige erfolgen. Darüber hinaus dürfen ukrainische For-  
273 schende und Lehrende durch die Flucht nicht gezwun-  
274 gen werden, ihre Forschungsvorhaben oder Lehrtätigkei-  
275 ten aufzugeben. Daher müssen Programme wie „Scholars  
276 at Risk“ oder das „Walter-Benjamin-Programm“ der Deut-  
277 schen Forschungsgemeinschaft (DFG) intensiviert und  
278 ausgebaut werden, damit Wissenschaftler\*innen an deut-  
279 schen Hochschulen ihre Arbeit ohne finanzielle Sorgen  
280 fortsetzen können. Ebenso sind die Hochschulen und In-  
281 stitute gefragt, Wissenschaftler\*innen aus der Ukraine  
282 als Gastwissenschaftler\*innen aufzunehmen und an ih-  
283 ren Instituten einzubinden.

284

285 **Konkret fordern wir:**

- 286 • Aufnahme ukrainischer Forschender und Lehrender  
287 durch Programme wie „Scholars at Risk“, damit be-  
288 stehende Forschungsvorhaben fortgesetzt werden  
289 können
- 290 • Ausbau deutsch-ukrainischer Kooperationen wie  
291 bspw. durch das Programm „Digitale Zukunft  
292 gemeinsam gestalten: Deutsch-Ukrainische Hoch-  
293 schulkooperationen“
- 294 • Gemeinsame digitale Lernmodule sowie Know-  
295 How Transfer zwischen deutschen und ukrainischen  
296 Hochschulen

297

298 **Russland und Belarus sanktionieren, Studierende schüt-**  
299 **zen!**

300 Als Reaktion auf die russische Invasion haben die Poli-  
301 tik, die Privatwirtschaft aber auch die Hochschulen um-  
302 fassende Sanktionen gegenüber Russland und tlw. gegen-  
303 über Belarus umgesetzt. Ebenso gibt es jedoch in der rus-  
304 sischen Zivilbevölkerung zahlreiche Individuen, die dem  
305 Putin-Regime entkommen möchten. So unterzeichneten  
306 hunderte russische Wissenschaftler\*innen eine Erklärung  
307 gegen den Angriffskrieg Russlands. Dieses zivile Engage-  
308 ment ist beeindruckend und verdient Anerkennung!

309

310 Gerade von den Hochschulen kann gesellschaftliche Ver-  
311 änderung ausgehen, daher sollen russische Studierende  
312 weiterhin die Möglichkeit haben, sich an deutschen und  
313 Berliner Hochschulen zu immatrikulieren. Ebenso sollen

314 bereits eingeschriebene Studierende in Berlin ihr Studium  
315 fortsetzen dürfen. Dies haben die Berliner Hochschulen in  
316 ihrer bisherigen Praxis bereits so gehandhabt.

317

318 Zwischen Deutschland und Russland gab es zahlreiche  
319 akademische sowie forschungsbezogene Programme des  
320 Austauschs. Die DFG (Deutsche Forschungsgesellschaft)  
321 förderte mehr als 300 Kooperationsvorhaben mit Russ-  
322 land. Auch die Berliner Hochschulen haben in der Vergan-  
323 genheit enge Forschungsk Kooperationen mit russischen  
324 Hochschulen geführt, wie bspw. die TU Berlin mit der  
325 St. Petersburg Polytechnic University. Diese Zusammenar-  
326 beit wird durch Putins Angriffskrieg fundamental in Fra-  
327 ge gestellt. Wo ein Völkerrechtsbruch besteht, darf es kei-  
328 ne Normalität geben. Dies muss trotz Science Diploma-  
329 cy (Wissenschaftsdiplomatie) auch für die Wissenschaft  
330 gelten. Wir fordern daher, dass aufgrund der aktuellen  
331 Lage gemeinsame Kooperationen gestoppt werden und  
332 die bereits suspendierten Kooperationen nicht fortgesetzt  
333 werden. Zum Beispiel die Berliner Hochschulen haben die  
334 Empfehlungen des DAAD dahingehend umgesetzt. Ins-  
335 besondere dürfen keine Nutzungsrechte an Forschungs-  
336 ergebnissen an russische Hochschulen übertragen oder  
337 Geldleistungen veranlasst werden.

338

339 Russland und Belarus verstoßen nicht erst seit der Invasi-  
340 on gegen die Werte der European Higher Education Area,  
341 dem Bündnis der Staaten des Bologna-Prozesses. Daher  
342 ist auch der vollständige Ausschluss russischer und belar-  
343 usischer Hochschulen aus der European Higher Educati-  
344 on Area und der European University Association unaus-  
345 weichlich.

346

347 **Konkret fordern wir:**

- 348 • Den vollständigen Ausschluss russischer und belar-  
349 usischer Hochschulen aus der EHEA und EUA (Euro-  
350 päische Universitätsvereinigung)
- 351 • Keine Aufnahme neuer Kooperationen mit russi-  
352 schen Hochschulen und Aussetzen aller bisherigen  
353 Kooperationen
- 354 • In absoluten Ausnahmen können Kooperationen  
355 fortgeführt werden, wenn dies lediglich einem ein-  
356 seitigen Datenaustausch dient und kein Wissens-  
357 oder Geldtransfer nach Russland erfolgt
- 358 • Fortbestehende Möglichkeit der Immatrikulation  
359 für russische und belarusische Studierende, die an  
360 einer hiesigen Hochschule ein Studium aufnehmen  
361 möchten.
- 362 • Möglichkeiten der Forschung und Anstellung  
363 von russischen Wissenschaftler\*innen an deut-  
364 schen Hochschulen, wenn ihnen durch ihr ziviles  
365 Engagement die Verhaftung droht.

366

367 Insgesamt bekennen wir uns dazu, dass all die in diesem  
368 Antrag formulierten Forderungen grundsätzlich auf alle  
369 geflüchteten Studierenden angewendet werden sollen. Es  
370 darf kein Unterschied zwischen Menschen gemacht wer-  
371 den, die aus verschiedenen Orten flüchten.